

FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS!



JUSOS
MÜNSTER

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER JUSOS
MÜNSTER

05. Januar 2014

BESCHLUSSBUCH

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| INHALTSVERZEICHNIS..... | 1 |
| ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS MÜNSTER 2014 – FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS!..... | 2 |
| EUROPAWAHL 2014: AUFTRAG ERFÜLLEN – EUROPA ALS GEMEINSCHAFT DER GUTEN NACHBAR_INNEN | 10 |
| UMSTRUKTURIERUNG DES STRAFVOLLZUGS..... | 15 |
| UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN! – EINE WIEDERVORLAGE UND ERWEITERUNG | 19 |
| DIFFERENZIEREN & SELEKTIEREN ANNULIEREN – DER MENSCH IM MITTELPUNKT NORDRHEIN-WESTFÄLISCHER BILDUNGSPOLITIK..... | 23 |
| „GEBÜHRENERHÖHUNG BEDEUTET SCHLECHTERE ZUGANGSCHANCEN FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER“ | 25 |

ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS MÜNSTER 2014 – FREIHEIT DURCH SOZIALISMUS!

Wir, die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Münster, verstehen uns als eigenständiger linker Jugend- und sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stellen dabei die Grundwerte jungsozialistischer Politik dar. Unser Ziel ist der demokratische Sozialismus, unsere Vision eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Die Verwirklichung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaftsordnung ist für uns eine dauernde Aufgabe – wir geben uns nicht mit dem bisher Erreichten zufrieden, sondern streiten verbunden in kritischer Solidarität mit unserer sozialdemokratischen Mutterpartei und darüber hinaus mit verschiedenen gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern für die Aufhebung der in allen Lebensbereichen bestehenden Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, ja letztlich für die Überwindung des kapitalistischen Herrschaftssystems. Jungsozialistische Politik befindet sich damit in einem spannungsreichen Verhältnis zwischen Utopie und Machbarem, zwischen Theorie und Praxis. Dieses Verhältnis wird von vielen, auch von sozialdemokratischen Seiten aus als Widerspruch empfunden, den es zugunsten pragmatischer Politik aufzulösen gelte. Wir, die Münsteraner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, sehen das anders: Wir halten die Utopie für etwas höchst Reales, als ein Ziel, das durch menschliches Handeln erreicht werden kann. Wir gründen das Machbare auf der Utopie, die Praxis auf der Theorie – wir Jusos stehen für einen hoffnungsvollen Politikentwurf der Verwirklichung der konkreten Utopie des demokratischen Sozialismus.

I. UNSERE INHALTLICHE ARBEIT IM KOMMENDEN JAHR

Im vergangenen Jahr haben wir Münsteraner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten abermals unter Beweis gestellt, dass wir uns konstruktiv in die Arbeit, Diskussionen und Kampagnen unserer Mutterarbeit einbringen, zugleich aber politische und programmatische Fehlentwicklungen in dieser deutlich herausstellen und gegen diese agieren. Wir sind keine brave und angepasste Parteijugend, die sich der Schulung von Parteikadern widmet und sich darüber hinaus auf das Kleben von Plakaten und Verteilen von Flyern in Wahlkampfzeiten beschränkt. Wir sind kritische Anhänger, unbequeme Störerinnen! Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten verstehen uns als Motor innerparteilicher Entwicklungen, als Stachel im Fleisch der SPD. Dies erfordert eine selbstständige inhaltliche Arbeit, die die Positionen der SPD stets kritisch reflektiert und in alternative Standpunkte mündet. Als eigenständiger linker Jugendverband haben wir dabei vor allem den Anspruch, Sprachrohr junger Menschen zu sein. Ihre Sorgen, Nöte, aber auch Hoffnungen und Wünsche wollen wir bei unserer Arbeit in den Mittelpunkt stellen – wie dies konkret aussehen kann, hat unsere Kampagne zur

Bundestagswahl „Zeit. Für dich. Für Gerechtigkeit“ gezeigt. Einen besonderen Stellenwert soll darüber hinaus dem Europa- und Kommunalwahl in unserer inhaltlichen Arbeit eingeräumt werden, die wir auf verschiedene Weisen zum Thema machen wollen.

a.) Unsere Themen

Antifaschismus: Allen voran wollen wir unsere Bündnisarbeit ausbauen und aktiv in die anti-rassistische und antifaschistische Arbeit gehen. Dies kann in Form von Demos, Gedenktagen, Seminaren oder anderem geschehen. Inhaltlich möchten wir uns genauer mit der linken Szene auseinandersetzen und nach Fehlentwicklungen in dieser fragen: das wollen wir gerne konkret anhand der Duisburger Band „Bandbreite“ tun. Anlässlich der Europawahl möchten wir uns die „Alternative für Deutschland“ und andere rechtspopulistische Parteien in Europa näher ansehen und uns fragen, wie in Zukunft mit diesen umzugehen ist. Außerdem möchten wir die Rolle der Kirche in Deutschland in Augenschein nehmen und auch die Haltung der SPD hierzu kritisch beleuchten. Anschließend werden wir uns dem Thema braune Esoterik und Homöopathie zuwenden, um hoffentlich einen kritischen Diskurs einzuleiten. Schließlich möchten wir noch die Rolle der Frau in der extremen Rechten aufarbeiten, da wir dies im letzten Jahr leider nicht geschafft haben.

Bildung: Nachdem wir uns in den letzten beiden Jahren mit der frühkindlichen Bildung und dem Schwerpunkt schulischer Bildung beschäftigt haben, wollen wir die Entwicklung eines eigenen alternativen Schulkonzeptes mit dem Blick auf aktuelle hochschulpolitische Themen verbinden, die sich gerade auftun: Das neue Hochschulzukunftsgesetz, die noch immer ausstehende Reform des BAföG oder auch der geäußerte Anspruch der Großen Koalition zum verstärkten Mitreden in Sachen Bildungspolitik - ohne jedoch die gegenwärtige Finanzierungsform der Bildung, das Kooperationsverbot oder die Kulturhoheit der Länder infrage zu stellen - bieten viel Diskussionsstoff für den Politisch Bildung. Bei unseren inhaltlichen Diskussionen und Erarbeitungen wollen wir deshalb auch auf eine Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe, dem in 2013 gegründeten Arbeitskreis Bildung der SPD Münster und mit der Juso-SchülerInnen-Gruppe zurückgreifen, um unsere Positionen ebenso mit den verschiedenen Perspektiven abzugleichen. Insbesondere beim Austausch mit der letzteren Projektgruppe der Jusos Münster suchen wir den Kontakt, um gemeinsam - lokal und unmittelbar - Ideen der Demokratiebildung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren, aber auch in Münster weiterzuentwickeln.

Europa und Internationales: In der ersten Hälfte des Jahres wollen wir uns schwerpunktmäßig auf die im Mai stattfindende Europawahl fokussieren. Hierbei werden wir sowohl inhaltlich als auch methodisch den konkreten Europawahlkampf im Blick behalten und uns für die anstehende Wahl „fit“ machen. Hierbei denken wir beispielsweise an eine Ideenwerkstatt oder ein Wahlkampftraining zur Europawahl.

Ein andauerndes Thema der letzten Jahre ist die europäische Finanzkrise und die damit verbunden Herausforderungen für Europa. Dieses Thema wird uns auch in 2014 weiter beglei-

ten. Wir Jusos wollen uns mit der Merkel'schen Verwaltung der Krise nicht zufrieden geben, sondern aktiv Ideen und Szenarien für Europas Zukunft entwickeln.

Aufgrund der eingeschobenen Themenwochen sind wir im letzten Jahr nicht mehr dazu gekommen, uns mit dem Thema „Europas rechte Ränder“ zu befassen. Wir halten das Thema jedoch weiterhin - gerade auch im Hinblick auf die Wahl - für relevant und aktuell, sodass wir es in diesem Jahr noch einmal aufgreifen möchten. Dabei wollen wir neben dem Betrachten unserer Nachbarländer, von denen schon einige rechtsgerichtete und nationalistische Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden, auch insbesondere den Wahlkampf der AfD im Auge behalten.

Wir möchten den Politisch Europa und Internationales offen gestalten und Raum für Anregungen Anderer lassen. Außerdem wollen wir tagespolitische und aktuelle Debatten und Geschehnisse einbeziehen und aus (jung-)sozialistischer Perspektive analysieren.

Gleichstellung und Soziales: Der Schwerpunkt in diesem Themenbereich wird im kommenden Jahr auf die Arbeits- und Sozialpolitik gelegt. Wir werden uns anschauen, wie unsere Vorstellung von guter Arbeitsmarktpolitik aussieht und dabei Aspekte wie Leiharbeit, Befristung und Ausbildung behandeln. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch mit dem Problem einer hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern befassen. Zudem wollen wir uns mit dem Themenkomplex Rente befassen und erarbeiten, wie aus unserer Sicht eine gute Rentenpolitik aussieht und wie Altersarmut vermieden werden kann.

Im Bereich Gleichstellung werden wir uns damit beschäftigen, welches Frauenbild im öffentlichen Raum durch Werbung und Medien transportiert wird und daran anschließend nach den Auswirkungen und Folgen für das Selbstbild und die Identität von vor allem jungen Frauen fragen – von Interesse ist für uns ist die gesellschaftliche Dimension solcher Prozesse. Außerdem werden wir die auf dem Feminismus-Seminar des vergangenen Jahres begonnene Diskussion über die Definition des Geschlechterbegriffes und seine Dekonstruktion weiterführen.

Ein weiterer Themenkomplex wird die sogenannte Armutsmigration innerhalb der Europäischen Union sein. Wir wollen zeigen, wie groß dieses Problem wirklich ist und Strategien entwickeln, wie diesen Menschen geholfen und eventuell auftretende Probleme gelöst werden können.

Kommunales: Kommunalpolitisch wird das Jahr 2014 nicht nur für die SPD, sondern auch für uns Jusos durch die Kommunalwahl geprägt sein. Auch in diesem Wahlkampf werden wir uns für eine starke SPD im Rat der Stadt Münster engagieren, denn nur mit einer starken Sozialdemokratie haben auch wir Jusos eine Chance unsere kommunalpolitischen Ideen und Vorstellungen zu verwirklichen. Es ist daher unser Anspruch, dass nach der Wahl auch Jusos im Rat, in den Bezirksvertretungen und in den Fachausschüssen vertreten sein werden. Das besondere bei der Kommunalwahl ist, dass auch schon 16-jährige mitbestimmen dürfen. Wir

sehen es deshalb im Wahlkampf als unsere Aufgabe an, die Themen der jungen Generation nach vorne zu bringen und junge Wählerinnen und Wähler mit einem eigenständigen Juso-Wahlkampf für die SPD zu gewinnen.

2013 haben wir uns intensiv in den Diskussionsprozess zum Kommunalwahlprogramm der SPD Münster eingebracht und konnten viele unserer Vorstellungen darin unterbringen. Deshalb werden wir auch nach der Wahl die kommunalpolitische Arbeit unserer Ratsfraktion und unserer Mutterpartei als eigenständiger Verband kritisch-solidarisch begleiten. Wir werden dazu im Rahmen des Politisch Kommunales nicht nur die aktuellen in der Kommunalpolitik diskutierten Themen behandeln, sondern auch unsere eigenen Akzente setzen.

Gerade weil Kommunalpolitik viele – auch junge – Menschen direkt betrifft, möchten wir nicht nur innerhalb sondern auch außerhalb des Verbandes für Interesse an lokalpolitischen Diskussionen werben. Gerne wollen wir deshalb 2014 ein kommunalpolitisches Seminar und einen Dialog mit jungen Menschen in unserer Stadt auf der Straße und in eigenen Veranstaltungen organisieren.

b.) Seminare

Auch in diesem Jahr wollen wir unsere erfolgreiche Seminarstruktur aufrechterhalten und fortführen. Nachdem wir uns in den vergangenen zwei Jahren mit den Grundwerten jungsozialistischer Arbeit, Feminismus, Sozialismus und Internationalismus auseinandergesetzt und dabei stets gefragt haben, was sie für unsere konkretes politisches Handeln vor Ort bedeuten, wollen wir in den kommenden Monaten den Blick auf die Zukunft der Sozialdemokratie und ihr Selbstverständnis werfen. Dies scheint insbesondere vor dem Hintergrund der von unseren Spitzengenossinnen und Spitzengenossen bewusst außer Acht gelassenen tiefen Krise der SPD, die sich abermals in Form eines katastrophalen Ergebnisses bei einer Bundestagswahl äußert, notwendiger denn je! Wir wollen den Doppelschock der Jahre 2009 und 2013 aufgreifen und in Münster gemeinsam darüber nachdenken, was diese Tatsache für unser politisches Wirken in der Gegenwart und für die Zukunft unserer Partei bedeutet. Damit soll im Laufe des Jahres – unabhängig davon, ob die SPD auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernimmt oder nicht – der längst überfällig gewordene Prozess der strukturellen, personellen und programmatischen Aufarbeitung des Wahlergebnisses, aber auch des Verhaltens der Parteispitze im Rahmen des Mitgliedervotums angestoßen werden.

Ergänzt werden soll dieser Schwerpunkt durch eine europa- und kommunalpolitische Komponente: Wir werden uns im ersten Quartal dieses Jahres in Zuge eines Seminars intensiv mit den anstehenden Wahlen auseinandersetzen und uns gemeinsam unter anderem auf den zuführenden Wahlkampf vorbereiten. Zusätzlich zu diesen inhaltlichen Seminarangeboten wollen wir auch dieses Jahr erneut ein methodisches Grundlagenseminar anbieten. Unter Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung, sollen diese Seminarangebote jeweils möglichst über ein Wochenende und außerhalb von Münster stattfinden.

II. UNSERE ARBEITSWEISE

Im vergangenen Arbeitsjahr haben wir Jusos Münster uns auf allen Ebenen gut präsentiert. Auf der Landeskonferenz in Köln, dem Bundeskongress der Jusos in Nürnberg, sowie auf den Parteitagen der Münsteraner SPD haben wir mit vielen Anträgen und Redebeiträgen gezeigt, dass wir unsere Inhalte artikulieren und durchsetzen können. Auch personell sind wir stark in der SPD Münster verankert – ein weiterer Erfolg unseres jungsozialistischen Engagements der vergangenen Jahre. In dieser Hinsicht setzen wir ganz auf Kontinuität: wir wollen weiterhin so stark vertreten bleiben und unser gutes Bild sowohl in der parteiinternen als auch medialen Öffentlichkeit stärken.

a.) Der PoliTisch

Der PoliTisch ist und bleibt der Mittelpunkt unserer politischen und inhaltlichen Arbeit. Denn mit dieser Veranstaltungsform haben wir ein bewährtes und stark in Anspruch genommenes Angebot für junge Menschen mit und ohne Parteibuch geschaffen. Auch weiterhin wollen wir uns jeden Donnerstag treffen und unsere Themenbereiche in alphabetischer Reihenfolge behandeln. Wie in den vergangenen Jahren sollen darüber hinaus alle wichtigen Organisationsfragen auf dem PoliTisch Organisatorisch besprochen werden, der jeweils am ersten Donnerstag eines Monats stattfindet. Für uns ist die politische Bildungsarbeit, die wir im Rahmen dieser Veranstaltungsform betreiben, aber kein Selbstzweck: Diskussionen, die bei uns stattfinden, wollen wir auch mit dem Ziel führen, die inhaltliche Positionen der Jusos Münster zu stärken bzw. auszubauen, und sie anschließend offensiv in unsere Mutterpartei hineinragen. Unter anderem aus diesem Grund sollen die einzelnen Themenbereiche von jeweils einem Vorstandsmitglied als Kontaktperson betreut werden. Dabei gilt weiterhin, dass die PoliTisch-Struktur offen ist und alle Interessierten zur Mitarbeit einladen soll: Gerade Neumitglieder oder Hinzugezogene wollen wir im nächsten Jahr stärker in die Organisation und Vorbereitung der PoliTische einbinden, um sie langfristig in den Verband zu integrieren. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft die bisherige methodische und meist streng eingehaltene Form der PoliTische – Referat mit anschließender Diskussion – durch andere Ansätze und Gestaltungsmöglichkeiten ergänzen.

b.) Vorstandsarbeit

Die Vorstandsarbeit der Jusos Münster ist offen und transparent – die Forderung nach einem Mehr an innerparteilicher Mitbestimmung der Mitglieder ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern praktizierter politischer Alltag! Alle wichtigen Themen, Organisationsfragen etc. besprechen wir mit allen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Münster im Rahmen des PoliTischs Organisatorisch. Dort soll auch weiterhin gemeinsam über die inhaltlichen Entscheidungen, die im kommenden Vorstandsjahr anfallen, abgestimmt werden. Die Arbeit im Vorstand der Jusos Münster bedeutet für deren Mitglieder aktive Beteiligung und Mitgestal-

tung an den politischen und organisatorischen Aufgaben im beginnenden Vorstandsjahr 2014. Neben der Betreuung eines Themenbereichs gibt es verschiedene Aufgaben, die von den Vorstandsmitgliedern übernommen werden sollen: Neumitgliederbetreuung, Bündnisarbeit, politische Bildungsarbeit, Vernetzung mit der Juso-Hochschulgruppe sowie den Schülerinnen und Schülern etc. Von allen Vorstandsmitgliedern wird außerdem die Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet, begründete Entschuldigungen werden natürlich akzeptiert.

c.) Kooperationen und Bündnisarbeit

Die Kooperation mit anderen Gruppen innerhalb unserer Partei sowie die Arbeit in Bündnissen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen waren in den vergangenen Jahren stets ein wichtiger Bestandteil jungsozialistischer Politik in Münster. Diese wichtigen Brücken wollen wir im kommenden Jahr nicht einreißen lassen, sondern durch neue ergänzen!

Innerhalb der SPD haben wir insbesondere enge Verbindungen zur Juso-Hochschulgruppe geknüpft, die mit einem Vertreter / einer Vertreterin im Vorstand der Jusos Münster repräsentiert war und es auch in Zukunft bleiben soll. Auf eine solch enge Verzahnung kann in einer stark studentisch geprägten Stadt wie Münster nämlich nicht verzichtet werden. So soll im kommenden Jahr der schon stattfindende Austausch beider Gruppen selbstverständlich weiterhin ihren Platz in der Arbeit der Jusos Münster haben und gefördert werden. Zwecks Intensivierung der bestehenden Zusammenarbeit streben wir die Planung und Durchführung gemeinsamer Aktionen an – insbesondere im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahl eröffnet sich durch solch gemeinsam durchgeführte Aktionen zusätzlich die Möglichkeit, das studentische Milieu Münsters direkter anzusprechen. Um darüber hinaus andere Zielgruppen zu erreichen, wollen wir neben dem Kontakt zur Juso-Hochschulgruppe die Juso-Schüler_innen-Gruppe noch stärker in unserem Tun berücksichtigen. Diese steht gegenwärtig vor der existenziellen Herausforderung, neue Schülerinnen und Schüler für ihre Arbeit zu gewinnen. Das ist die wesentliche Voraussetzung, um auch in Zukunft eine konstante Gruppe erhalten zu können. Deshalb wollen wir der neugewählten Koordination der JSG helfend bei der Entwicklung einer Strategie zur Mitgliederwerbung unter die Arme greifen. Auch die inhaltliche Zusammenarbeit, zum Beispiel bei Antragsinitiativen auf höheren Juso- oder auf kommunaler Ebene, streben wir an. Über diese jungsozialistischen Projektgruppen hinaus, wollen wir als eigenständiger linker Richtungsverband den Kontakt zu den anderen Arbeitsgemeinschaften der SPD suchen. Zu nennen seien hier vor allem die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und letztlich auch die AG 60plus. Wie eine mögliche Zusammenarbeit mit ihnen in den kommenden Jahren aussehen kann, wollen wir gemeinschaftlich besprechen; möglich wären aber beispielsweise gemeinsam vorbereitete thematische Veranstaltungen sowie Antragsinitiativen!

Über die innerparteiliche Vernetzung mit anderen Gruppen hinaus sind für uns als Jugendverband Kooperationen und Bündnisse von großer Bedeutung. In vielen Bündnissen, gerade im antifaschistischen Bereich, sind wir schon jetzt federführend vertreten. Diese Kooperation gilt es in Zukunft weiterhin auszuweiten und zu stärken. Außerdem wollen wir versuchen, den Kontakt zu den Jugendverbänden anderer Teile der sozialdemokratischen Familie – Gewerkschaftsjugend, den Falken, dem Jugendwerk der AWO – zu intensivieren und gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

d.) Gleichstellungsarbeit

Wir Jusos Münster verstehen uns als feministischer Richtungsverband – für uns hat die Gleichstellungsarbeit innerhalb der Partei und auch der Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Denn immer noch sitzen überwiegend alte, heterosexuelle, weiße Männer an den Schalthebeln der Macht und prägen gesellschaftliche Leitbilder und Hierarchien. Das wollen wir ändern. Denn: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Für uns heißt das, dass wir nicht nur mit unserer inhaltlichen Arbeit in die Gesellschaft hineinwirken, sondern auch ganz konkret bei unserer täglichen politischen Arbeit ansetzen wollen. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft darum bemühen, für junge engagierte Frauen ein Angebot zu schaffen, das den Einstieg in die parteipolitische Arbeit möglichst leicht gestaltet. Hierfür wollen wir im Laufe des kommenden Jahres ein niederschwelliges Angebot etablieren, dessen Ausgestaltung gemeinsam mit den bisher interessierten Frauen diskutiert und herausgearbeitet werden soll. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft verstärkt auf die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zugehen und den Austausch mit ihnen suchen.

e.) Öffentlichkeitsarbeit

Das Jahr 2013 war auch ein gutes Jahr, was die Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster angeht. Obwohl die erkonservative Presselandschaft Münsters unsere Pressemitteilungen oft bewusst außer Acht gelassen hat, waren wir in den Münsteraner Zeitungen sehr präsent. Außerdem sind wir auf allen wichtigen Internetportalen vertreten und finden dort großen Anklang. Diese Arbeit gilt es, auch im kommenden Jahr fortzuführen und zu intensivieren.

f.) Europa- und Kommunalwahl 2014

Wir Jusos Münster haben im vergangenen Jahr bei der Bundestagswahl 2013 einen fantastischen Jugendwahlkampf auf die Beine gestellt – viele Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben sich engagiert und sich trotz des einen oder anderen Problems bezüglich unseres Spitzenkandidaten solidarisch mit der SPD gezeigt. Das ist keine Selbstverständlichkeit! Wir Jusos sind nicht die Plakatiertruppe der SPD, sondern haben uns zum einen aufgrund eines starken Regierungsprogramms und des versprochenen Politikwechsels und zum anderen wegen unseres Münsteraner Direktkandidaten in dem Maße in den Wahlkampf eingebracht! Mit un-

terschiedlichen Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „Zeit. Für dich. Für Gerechtigkeit“ haben wir zielgruppengerecht junge Menschen ansprechen können und abermals unsere Kampagnenfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch bei der anstehenden Europa- und Kommunalwahl wollen wir uns nach unseren Möglichkeiten einbringen. Denn: Europa und Münster brauchen den sozialdemokratischen Politikwechsel! In Münster wurde dafür in der letzten Ratsperiode schon ein solides Fundament gelegt und erst kürzlich mit dem Haushalt 2014 bewiesen, dass in Münster Politik jenseits der CDU möglich ist. Das muss auch in Zukunft unser Ziel sein, dafür werden wir unsere Mutterpartei, aber vor allem die für den Rat kandidierende Jungsozialistinnen und Jungsozialisten unterstützen!

Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.

Die [Europäische] Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen. [...]Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte; die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens.

Mit dieser Begründung verlieh das norwegische Nobelkomitee im Herbst des Jahres 2012 den Friedensnobelpreis an die Europäische Union – eine Ehrung für den zurückliegenden transnationalen Kurs des Friedens und der Völkerverständigung und zugleich Auftrag für dessen bedingungslose Fortführung, auch über die europäischen Grenzen hinaus. Doch wie hält es die europäische Gemeinschaft gegenwärtig in ihrem konkreten politischen Handeln mit den erstrittenen Errungenschaften? Mit Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten?

Ein Blick auf den Umgang mit jenen, die ihre Heimat aufgrund von Leid und Elend, Krieg und Tod verlassen müssen, reicht, um der Europäischen Union hinsichtlich der aufgeworfenen Frage ein mehr als bescheidenes Zeugnis auszustellen. So ist das Mittelmeer, das einst einen gewaltigen Kulturraum verband, unlängst zu einer kaum zu überwindenden Mauer, ja zu einem Friedhof für Menschen, die auf der Flucht sind, verkommen. Dieser ganz bewusst herbeigeführte und geduldete Zustand an den Grenzen der Europäischen Union war nie und ist in Zukunft auch nicht hinnehmbar. Wir Jusos Münster wiederholen deshalb auch an dieser Stelle unsere Forderungen für eine menschliche und gerechte Flüchtlingspolitik. Wir wollen, dass Menschen als Menschen behandelt werden und eine wahre Chance auf ein neues Leben nach ihrer Flucht erhalten.

Doch auch die Idee von Demokratie und Solidarität ein Europa leidet, was man seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in einem besonderen Maße sieht. Ausgehend von der deutschen Europapolitik, die der neoliberalen Ideologie der „marktkonformen Demokratie“ verschrieben ist, wird ein Keil zwischen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union getrieben. Misstrauen und Vorurteile gegenüber unseren Partnerinnen und Partnern im Süden Europas grassieren heute auf eine längst überwunden geglaubte und zutiefst erschreckende Art und Weise. Zugleich wenden sich jene, die die konkreten Folgen der Merkelschen Austeritätspolitik direkt am Leibe erfahren, enttäuscht von Europa ab. Begleitet wird diese besorgniserregende Entwicklung vom Erstarken rechtspopulistischer, antieuropäischer Parteien, die die „Rolle Rückwärts“, die Renaissance der Nationalstaatlichkeit wollen und sich dabei unsäglich, menschenfeindlicher Parolen bedienen. Diese Neofaschistinnen und Neo-

faschisten im bürgerlichen Gewand beackern dabei das von den überwiegend konservativen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Union und der Regierungen der Mitgliedsstaaten bestellte Feld, auf dem durch den politischen Kurs der sogenannten Krisenbewältigung der letzten Jahre die Saat des Egoismus, Misstrauens und der Fremdenfeindlichkeit gestreut wurde. Gleichzeitig gelingt es dem Groß der handelnden Akteurinnen und Akteuren auf europäischer Ebene nicht, den Menschen, besonders aber den jungen Generationen, eine Vision von Europa zu präsentieren, die sich nicht darauf beschränkt, mittels hohler Phrasen die alternativlose Schicksalsgemeinschaft Europa zu beschwören!

Dieser leichtfertige Umgang mit der europäischen Idee sowie der bisher eingeschlagene politische Kurs riskieren das gemeinsame Friedensprojekt. Europa braucht daher einen radikalen Politikwechsel und Menschen, die Europa mit Begeisterung erklären und begründen können! Die sozialistisch-sozialdemokratische Familie kann sich folglich glücklich schätzen, einen solch glühenden Vertreter der europäischen Idee wie Martin Schulz an ihrer Spitze zu wissen. Wir Jusos Münster wollen in den kommenden Monaten gemeinsam mit ihm und unserem Kandidaten für das Münsterland, Andrea Arcais, für den allzu notwendigen Politikwechsel in Europa streiten. Wir wollen endlich wieder eine Gemeinschaft der guten Nachbarn sein – im Inneren und nach außen. Das wird jedoch nur dort möglich sein, wo Grenzen überwunden und wo Menschen ihre Probleme nicht allein gelassen werden, sondern Solidarität erfahren und teilen. Hierzu muss sich die Politik unmittelbar den drängenden Problemen der Gegenwart stellen und versuchen, die konkreten Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in NRW haben diesbezüglich einen umfangreichen Katalog an Forderungen für ein sozialeres, demokratischeres und gerechteres Europa aufgestellt, den wir an dieser Stelle ausdrücklich bekräftigen:

1. Weg mit der Sparpolitik – her mit den nachhaltigen Investitionen: Die EU-Staaten müssen aus dem Würgegriff der Austerität befreit werden und Spielräume für Investitionen in Infrastruktur und Bildung sowie für Konjunkturprogramme erhalten.
2. Wir brauchen ein starkes politisches Europa: Wir fordern eine Fiskalunion in der EU, die nicht von nationalstaatlichen Entscheidungen abhängig ist, sondern gemeinschaftlich Entscheidungen treffen kann.
3. Mehr Demokratie wagen: Wir fordern ein demokratisches Europa. Welches über ein starkes europäisches Parlament verfügt. Es muss ausgestattet sein mit mehr Gesetzgebungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen.
4. Die Jugend ist unsere Gegenwart und unsere Zukunft: Die EU muss den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit aufnehmen. Dazu zählt insbesondere ein Konjunktur- und Investitionsprogramm für wirtschaftlich schwächere Länder, die in die Lage versetzt werden müssen, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union hingegen müssen ihren Widerstand gegen die Umsetzung der bereits beschlossenen „Youth Guarantee“ (YG) aufgeben und die vom Europäischen Rat verabschie-

dele gemeinsame Initiative gegen die prekäre Situation der jungen Menschen, die weder in einer Ausbildung, Weiterbildung oder einem Arbeitsverhältnis sind (so genannte NEET) nicht nur endlich auf nationaler Ebene umsetzen und dafür die entsprechenden finanziellen Mittel einsetzen. Auch müssen die finanziellen Ressourcen deutlich angehoben werden: die internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat bereits 2012 errechnet, dass die in Aussicht gestellten sechs bis acht Milliarden Euro gerade einmal ein Drittel des zu erwartenden Finanzbedarfs (21 Mrd. Euro, ca. 0,22% des EU-BIP) zur tatsächlichen Umsetzung der vollmundig angekündigten „Youth Guarantee“ (YG) decken können. Daher fordern wir eine echte und gerecht ausfinanzierte Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen in Europa. An dieser Stelle ist es daher nötig die Debatte um einen EU-Haushalt mit eigenen Einnahme- und Ausgabepositionen zu führen.

5. Bändigt die Finanzmärkte: Wir fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Statt einer fortwährenden Tolerierung der Spekulationsgewinne fordern wir die Stärkung der Realwirtschaft als Rückgrat unseres Wohlstandes. Die Erlöse aus der Finanztransaktionssteuer sollen direkt in den Europäischen Haushalt einfließen, um gezielt europäische Investitionen in Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung zu fördern.

6. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Die in Kapitel IV der Charta der Grundrechte der EU festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützungen, Zugang zur Gesundheitsversorgung) müssen für alle Bürger_innen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden. Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei eine Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei bleiben wir bei unserer Forderung, dass ein europäischer Mindestlohn kurzfristig 50% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig 60% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.

7. Bildung bleibt Bildung: Um die Migration von Arbeitskräften innerhalb der EU zu erleichtern, müssen neben Schulabschlüssen auch berufsqualifizierende Abschlüsse vergleichbar gemacht werden. Der Europäische Qualifizierungsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) führt in die richtige Richtung. Um aber eine langfristig wirksame Vergleichbarkeit zu schaffen, muss die Umsetzung innerhalb der nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) einheitlicher geregelt werden. Hierzu zählt die verbindliche Berücksichtigung non-formal und informell erworbener Kompetenzen und die Einstufung allgemeinbildender Schulabschlüsse. In diesem Zusammenhang bedarf der Bologna-Prozess einer kritischen Überprüfung. Inwieweit die Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen in der EU verbessert wurde und wo hochschulpolitischer Handlungsbedarf besteht, muss diskutiert und gehandelt werden. Auch müssen eine abgeschlossene Hochschul- oder Berufsausbildung im Arbeitsleben spürbar berücksichtigt werden. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten daher den von der Kommission 2012 vorgelegten Vorschlag für einen Qualitätsrahmen für Praktika aufgreifen. Mit klaren Regeln muss dem Praktikum wieder der Stellenwert als echtes Einstiegsinstrument in

den Arbeitsmarkt mit klaren Rechten für die Praktikantinnen und Praktikanten zugewiesen werden. Gleichzeitig muss der Missbrauch als Mittel zur systematischen Ersetzung von regulären Beschäftigungsverhältnissen beendet werden.

8. Mehr Mitbestimmung wagen: Die gemeinsamen Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer_innen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass multinationale Konzerne die Arbeitnehmer_innen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen starke europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.

9. Gleiches Recht für alle! Europa braucht ein gemeinsames Sozialrecht, um in allen Teilen der EU ein menschenwürdiges Leben garantieren zu können.

10. Kein Mensch ist illegal: Wir brauchen eine Reform der menschenunwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU. Die Abschottungspolitik der EU muss ein Ende haben und auch Frontex muss endlich abgeschafft werden. Asylsuchende müssen endlich wieder wie Menschen behandelt werden und ihnen muss ein Recht auf Asyl in Europa gegeben werden.

Neben diesen Forderungen, deren Umsetzung ein weiteres Auseinanderdriften der Mitgliedsstaaten der EU verhindern und Europa endlich gerechter, sozialer und demokratischer gestalten soll, erscheint es heute notwendiger denn je, die Stärkung und den Ausbau des interkulturellen Austauschs junger Menschen innerhalb Europas, aber auch darüber hinaus zum Gegenstand politischen Handelns zu erheben. Die bestehenden Austauschangebote bieten nämlich einen hervorragenden Rahmen für die Völkerverständigung, für die Überwindung von Mauern in unseren Köpfen, ja sogar für die Erziehung zum Frieden. Erfolgsprojekte, wie das ERASMUS-Programm, dürfen deshalb auch in Zukunft nicht zur Disposition stehen, sondern müssen – auch räumlich – erweitert oder ergänzt werden. Insbesondere im Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeers müssen Wege und Konzepte erarbeitet werden, die deren Einbezug in die bereits existierenden europäischen Austauschprogramme vorsehen. Denn während das Mittelmeer über Jahrhunderte ein Raum des Austauschs und Vermischung von Menschen, Kulturen und Ideen war, verkommt es heute zum Symbol einer völlig indiskutablen, menschenunwürdigen Flüchtlings- und Grenzpolitik der Europäischen Union. Dieser bewusst herbeigeführten und geduldeten Entwicklung wollen wir einen Kurs der Offenheit, Verständigung, Toleranz entgegensetzen. Ein naheliegender Ansatzpunkt hierfür wäre beispielsweise die Ausdehnung des Erasmus-Programms auf die Länder des gesamten südlichen Mittelmeerraums bzw. dessen Ergänzung durch ein entsprechendes Alternativprogramm. Aber auch der Aufbau einer am Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) orientierten Institution bzw. Organisation, die den Austausch rund um den Mittelmeerraum von Schülerinnen und Schülern, von Lehrerinnen und Lehrern sowie Berufstätigen ermöglicht und koordiniert, könnte diesbezüglich zielführend sein. Wir Jusos Münster fordern hiermit die politisch Handelnden auf, sich dieses so wesentlichen Instruments des Jugendaustauschs zu bedienen, um den unlängst eingesetzten Prozess der Entfremdung innerhalb Europas zu stoppen, und zugleich die Mauer um Europa zu überwinden.

2014 ist das Jahr, in dem der Politikwechsel möglich ist. Lasst uns gemeinsam mit unseren europäischen Schwesterverbänden für ein Europa kämpfen, das dem – durch den Friedensnobelpreis bestärkten – Auftrag nach Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten endlich gerecht wird!

Resozialisierung ist die beste Sicherung

Die momentane Praxis des Strafvollzugs ist äußerst resozialisierungsfeindlich und geht mit einer hohen Rückfallquote einher. Menschen, die eine Haftstrafe verbüßt haben, sehen sich einer starken Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt. Einige dieser Menschen haben schwere Straftaten begangen, allerdings haben sie ihre Strafe durch die Haft abgegolten und eine Ausgrenzungserfahrung durch die Gesellschaft ist bei dem Versuch der Wiedereingliederung äußerst hinderlich. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe eine gesellschaftliche Diskussion und ein Umdenken im Umgang mit Menschen, die inhaftiert waren, anzuregen, so dass insgesamt ein resozialisierungsfreundlicheres Klima entsteht. Schließlich hat die Gesellschaft vorher offenbar zu einem gewissen Teil versagt und deshalb ist es auch eine gesellschaftliche Aufgabe, für eine Wiedereingliederung zu sorgen.

Für uns ist klar, dass eine Resozialisierung das oberste Vollzugsziel sein soll. Denn nur wenn der Strafvollzug es schafft, die straffällig Gewordenen auf eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten, können auch in Zukunft Straftaten dieser Menschen verhindert werden. Somit stellt die Resozialisierung die beste Sicherung dar, nicht hingegen die Verwahrung.

Die Haftstrafe ist der größte Eingriff, den der Staat gegen seine Bürger*innen vornehmen kann. Mit diesem Eingriff geht auch eine große Verantwortung vor allem gegenüber den Inhaftierten einher und diese Verantwortung darf nicht ganz oder teilweise an Private ausgelagert werden.

Weniger Haftstrafen

Insgesamt ist die aktuelle Praxis der Vergabe von Haftstrafen uneffektiv. Das Ziel der Resozialisierung kann erst ab einer Haftstrafe von etwa zwei Jahren erreicht werden. Gesetzlich ist zudem sinnvollerweise vorgesehen, dass Haftstrafen unter einem Jahr zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen und der offene Vollzug den Regelvollzug bilden soll. Schaut man sich jedoch die Zusammensetzung der Strafgefangenen nach Vollzugsdauer an, sieht man jedoch, dass über 1/3 aller Gefangenen eine Freiheitsstrafe von unter 9 Monaten und insgesamt knapp 2/3 eine Freiheitsstrafe von unter zwei Jahren absitzt. Auch befindet sich im offenen Vollzug nur ein kleiner Prozentsatz aller zur Freiheitsstrafe Verurteilten. Man sieht also, dass die Praxis der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe deutlich an den sinnvollen gesetzlichen Regelungen vorbeigeht. Dabei kennen diejenigen, die die Haftstrafen vergeben oftmals gar nicht die Zustände, die in Gefängnissen herrschen, deshalb muss der Besuch bzw. Aufenthalt in einer JVA zu einem Pflichtbestandteil der Richter*innenausbildung werden.

Ziel muss es in Zukunft sein, Kurzstrafen zu vermeiden. Diese reißen den verurteilten Menschen in aller Regel nur aus seinem sozialen, familiären und beruflichen Umfeld und sorgen für eine spätere Stigmatisierung. Die Freiheitsstrafe hat in diesen Fällen keine positive Wirkung, sondern nur eine starke negative.

Ein großes Problem in diesem Bereich ist die Untersuchungshaft. Sie wird häufig aus Gründen der Abschreckung verhängt, was ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Sicherung des Verfahrens, zuwider läuft. So ist ein abschreckender Effekt darüber hinaus auch empirisch nicht belegbar, es überwiegen im Gegenteil wieder die Nachteile durch das Herausreißen aus dem Umfeld und die spätere Stigmatisierung.

Vor der Verhängung von Haftstrafen oder Untersuchungshaft soll geprüft werden, ob diese wirklich notwendig ist oder ob es nicht eine Alternative gibt, mit der das verfolgte Ziel ebenso erreicht werden kann. Dabei stellt die elektronische Fußfessel jedoch in der Regel keinen adäquaten Ersatz dar, denn damit wird der Einzelne sich selber überlassen und bekommt keine Hilfe, um Probleme und Sozialisationsdefizite zu bewältigen. Sofern eine Freiheitsstrafe verhängt wird ist außerdem noch zu prüfen, ob diese wirklich notwendigerweise im geschlossenen Vollzug verbüßt werden soll.

Differenzierung der einzelnen Gefangenengruppen

Es gibt nicht den*die Strafgefangene*n an sich, sondern auch diese Gruppe setzt sich sehr heterogen zusammen und es bestehen jeweils unterschiedliche Bedürfnisse im Hinblick auf zum Beispiel Arbeit, Ausbildung oder Therapie der einzelnen Strafgefangenen. Mit einer stärkeren Differenzierung ist dann auch ein verstärktes Eingehen und Fördern des Einzelnen möglich. Um das zu verwirklichen ist es notwendig, dass deutlich mehr Stellen im sozialen Dienst der jeweiligen Justizvollzugsanstalten eingerichtet werden und auch die Vollzugsbeamt*innen in diesem Bereich verstärkt aus- und weitergebildet werden.

Haftbedingungen

Bisher ist der geschlossene Vollzug auch im inneren der JVA im wahrsten Sinne des Wortes geschlossen. Wenn die Inhaftierten nicht bei der Arbeit sind, verbringen sie die meiste Zeit in ihren Zellen. Ziel sollte es jedoch sein, dass die Türen auf den einzelnen Abteilungen geöffnet sind und so keine Abschottung, sondern eine verstärkte Kommunikation stattfinden kann. Zudem sollte es mehr Wohngruppenkonzepte im geschlossenen Strafvollzug geben.

Außerdem muss das System der Vergünstigungen grundlegend umgekehrt werden. In der gängigen Praxis erhalten die Inhaftierten erst im Verlauf ihrer Haft Vergünstigungen, wie beispielsweise einen Fernseher. Es sorgt allerdings für ein deutlich besseres Klima in den Justizvollzugsanstalten, wenn schon von Beginn an alle Vorteile gewährt werden und im Fall einer Sanktionierung eines Fehlverhaltens nach einer gewissen Zeit auch wieder alle Vergünstigungen zur Verfügung stehen.

Rente/Arbeit/Ausbildung

Die Arbeit ist im Strafvollzug ein wesentliches Element der Resozialisierung, bei dem unter anderem auch Geld für die Zeit nach der Haftentlassung gesammelt werden soll. Die aktuelle Höhe der Vergütung ist allerdings deutlich zu gering und ermöglicht es kaum genug Rücklagen zu bilden und ein Neustart nach der Entlassung ist damit fast nicht möglich. Auch ist es nur schwer mit der Menschenwürde zu vereinbaren, dass ein so geringer Lohn gezahlt wird. Doch gerade in einer solchen verfassungsrechtlichen Extremsituation ist eine Anerkennung in Form von Geld für die geleistete Arbeit wichtig. Wir Jusos fordern daher, dass im Strafvollzug ein höherer Tagessatz festgelegt wird, der es ermöglicht, menschenwürdiger zu Leben und genügend Rücklagen zurückzulegen. Wichtig ist auch ein möglichst breites Angebot an Arbeit sowie Aus- und Weiterbildung.

Einige Inhaftierte verbringen ihr halbes Leben im Strafvollzug und arbeiten dementsprechend lange, erwerben dabei allerdings keine Rentenansprüche. Wir Jusos fordern auch die Arbeit mehr anzuerkennen und eine Anrechnung auf die spätere Rente zu ermöglichen.

Kommunikation nach außen

Für jemanden im Strafvollzug ist es wichtig Kontakt zu seiner*ihrer Familie und der „realen Welt“ zu halten, um nach der Entlassung nicht alleine zu sein. Gerade sozialen Kontakte sind ein wichtiger Bestandteil der Wiedereingliederung. Neben Besuchen ist ein Kontakt nach außen nur per Brief oder Flurtelefon möglich. Das Problem dieser Telefonate sind allerdings die horrenden Gesprächskosten, die vor allem durch die Monopolstellung eines Anbieters bedingt ist, der (fast) der einzige Telefonanbieter an Justizvollzugsanstalten ist. Hier muss unbedingt günstigere Konditionen hingewirkt werden.

Völlig am Leben vorbei geht es, dass die Inhaftierten keinen Zugriff auf einen PC, geschweige denn auf einen Internetzugang haben. Gerade kurz vor der Entlassung wäre dies aber ein einfaches und unkompliziertes Mittel, um zum Beispiel nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz zu suchen. Dabei lässt sich auch die Gefahr des Missbrauchs begrenzen, wenn nur bestimmte Seiten freigegeben werden und das Benutzen des PCs unter Aufsicht in z.B. einem Computerraum stattfindet.

Nach der Haftentlassung

Nach der Haft ist es für die Vermeidung von Rückfällen existenziell, dass die ehemaligen Inhaftierten schnell Fuß fassen und sich in die Gesellschaft integrieren können. Zwar gibt es Hilfe bei der Wohnungssuche, doch ansonsten werden die Menschen dabei quasi sich selber überlassen. Gerade nach der Gefängnissituation, bei der sie auch bei größt möglicher Freiheit, ständiger Bewachung unterstehen, ist es wichtig ihnen eine Hilfe an die Hand zu geben, die beratend zur Seite steht. Es wurde beispielsweise in NRW bereits ein großes Wiederein-

gliederungsprojekt durchgeführt, das äußerst erfolgreich war, jedoch wurde es nur für eine bestimmte Zeit finanziert und nach dem Auslaufen aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln nicht weitergeführt. Doch selbst der beste und resozialisierungsfreundliche Strafvollzug bringt wenig, wenn später nicht weiter an der Eingliederung und Resozialisierung gearbeitet wird. So erklären sich unter anderem auch die hohen Rückfallraten, die nebenbei den Staat deutlich mehr Geld kosten als effektive Programme nach der Entlassung.

UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN! – EINE WIEDERVORLAGE UND ERWEITERUNG

Im November 2011 ist bekanntgeworden, dass der Nationalsozialistische Untergrund, eine rechtsextremistische Terrorzelle, mutmaßliche zwischen 2000 und 2006 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und 2007 eine Polizistin ermordet hat sowie 2004 ein Nagelbomben-Attentat und zahlreiche Banküberfälle begangen hat. Trotz zahlreicher Hinweise und diverser V-Leute im Umfeld der Zelle ist es dem Verfassungsschutz in Bund und Ländern nicht gelungen einen rechtsextremen Hintergrund bei den Taten festzustellen oder auch nur in Betracht zu ziehen. Dies ist nur der Gipfel einer lang anhaltenden Serie von Pannen bei der Arbeit des Verfassungsschutzes. Eine umfassende Reform und Neustrukturierung des deutschen Nachrichtendienstwesens ist daher angezeigt und unausweichlich.

Abschaffung der Verfassungsschutzämter und Fusion von MAD und BND

Langfristig fordern wir daher die Abschaffung von Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz sowie die Fusionierung von Militärischem Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst zu einer nachrichtendienstlichen Behörde.

Die bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz, Geheim- und Sabotageschutz sowie die Auswertung elektronischer Angriffe sollen von der neu fusionierten Behörde aufgenommen werden. Bereits jetzt überschneiden sich die Arbeit von MAD, BND und Bundesverfassungsschutz in vielen Bereichen, insbesondere bezüglich Spionageabwehr sowie Geheim- und Sabotageschutz. Die ursprüngliche Aufgabentrennung zwischen Abwehr (MAD, BfV) und Aufklärung (BND) ist seit langem in Auflösung begriffen. Die neu zu gründende Behörde würde die bisherige Schnittmenge aufgreifen und folgende Aufgabenfelder beanspruchen: Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz, Geheim- und Sabotageschutz, Abwehr elektronischer Angriffe sowie Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland mit außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik. Bisher bietet sich das Bild, dass nicht selten geheimdienstliche Ermittlungsmaßnahmen verschiedener Dienste unkoordiniert nebeneinander her laufen, sich mitunter gegenseitig im Kompetenzgerangel behindern. Die neu zu schaffende Behörde hätte die oben genannten Aufgaben originär. Die Bundeswehr sollte einer demokratischen und keiner geheimdienstlichen verschleiernenden Kontrolle unterliegen. Die neu zu schaffende Behörde hat demnach keinerlei militärische Befugnisse. Die bisherige Überprüfung von Soldat*innen auf einen rechtsextremistischen Hintergrund soll zukünftig nicht mehr geheimdienstlich organisiert sein sondern durch eine demokratische Behörde angesiedelt im Verteidigungsministerium durchgeführt werden, die nicht in den militärischen Apparat eingegliedert ist.

Die Abwehr von Gefahren durch Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus soll durch personelle Aufstockung in den schon geschaffenen Berei-

chen im Bundes- und Landeskriminalamt gewährleistet werden. Hierbei sind die Befugnisse der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht zu erweitern, insbesondere sind keine geheimdienstlichen Befugnisse zu erteilen, um nicht gegen das Trennungsgebot zu verstoßen. Außerdem ist eine personelle Identität der alten und neuen Ermittlerinnen und Ermittler zu verhindern, um einen tatsächlichen Neuanfang zu ermöglichen. Die Übertragung dieser Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes auf Bundes- und Landeskriminalämter, stellt schon deswegen keinerlei Widerspruch mit dem Trennungsgebot dar, da den Polizeibeamt*innen keine nachrichtendienstlichen Kompetenzen zugesprochen werden. Die Ermittlungstätigkeit der Polizei ist weiterhin nur auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ausgerichtet und nicht auf die ideologische Einteilung der Bürger*innen durch nachrichtendienstliche Tätigkeit. Zudem steht sie bei nicht unwesentlichen Eingriffen in die Grundrechte von Betroffenen unter Richtervorbehalt.

Dies soll das Ziel unserer Bemühungen sein. Bis es soweit ist, sind zumindest folgende Schritte zu verwirklichen, um den Verfassungsschutz wieder rechtsstaatlich zu machen:

Abschaffung der Verdachtsberichterstattung in den Verfassungsschutzberichten

Bisher ist es gängige Praxis in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auch Parteien und Organisationen zu erwähnen, gegen die lediglich der Verdacht der Verfassungswidrigkeit besteht. Für Leserinnen und Leser ist oft nur schwer ersichtlich, dass es sich nur um einen bloßen Verdacht handelt; in den Medien findet eine Differenzierung in der Regel gar nicht statt. Diese Stigmatisierung stellt eine schwere faktische Sanktion dar, da die Erwähnung im Bericht mit dem Aufruf gleichzusetzen ist, die erwähnte Partei oder Organisation zu meiden. Insbesondere eine zu Unrecht erfolgte Erwähnung schränkt das Recht auf Mitwirkung an politischer Willensbildung stark ein, zumal politische und gesellschaftliche Isolierung quasi erwartet wird und gerade auf der Ebene der Bündnisarbeit nicht selten erfolgt. Der Verfassungsschutzbericht kommt hiermit nicht seiner Aufgabe als Verfassungsschutz durch Aufklärung nach sondern verkommt zu einem modernen Pranger. Diese Praxis ist nicht länger hinzunehmen. Wir fordern daher ein Verbot der Verdachtsberichterstattung.

Kontrolle ermöglichen

Bisher ist ein individueller Auskunftsanspruch gegen den Verfassungsschutz nur zulässig, wenn ein Hinweis auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an der Auskunft gegeben sind und keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Faktisch ist es somit unmöglich zu erfahren, ob man zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet wird und aus welchen Gründen. Auch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beobachtung kann nur äußerst selten und wenn überhaupt im Nachhinein festgestellt werden. Der oder die Beobachtete hat somit keinerlei Möglichkeit sich den Vorwürfen zu stellen oder sich gar zu wehren, gegen Maßnahmen, die ohne richterlichen Beschluss gegen ihn ergangen sind. Er wird somit schlechter gestellt als jemand, gegen den wegen einer Straftat ermittelt wird.

Dies ist nicht tragbar und widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Daher ist zunächst für Maßnahmen wie Bild- und Tonaufzeichnungen, Online-Durchsuchungen, Brief-, Post- und Telefonüberwachung und den Einsatz geheimer MitarbeiterInnen sowie ähnlich tief eingreifender Maßnahmen die Genehmigung eines Richters einzuholen.

Desweiteren ist der oder die Beobachtete unverzüglich über die Maßnahmen zu informieren, sobald die Beobachtung beendet ist und keine Gefahr für die FDGO besteht. Will die beobachtete Person die Rechtswidrigkeit der Maßnahme feststellen lassen, ist ihr und ihrem Rechtsbeistand sowie dem Gericht umfassende Akteneinsicht zu gewähren. Auch dürfen Geheimhaltungsinteressen nicht prinzipiell Vorrang gegenüber dem Strafverfahren haben, dürfen vor allem ein faires und gerechtes Verfahren nicht unmöglich machen.

Einstellung der gängigen V-Leute-Praxis

Nach Angaben des Verfassungsschutzes erhält der Nachrichtendienst nur einen geringen Anteil ihrer Informationen von geheimen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählen auch die sogenannten V-Leute.

Nicht nur die Geschehnisse rund um die Zwickauer Zelle haben gezeigt, dass diese Art der geheimen Mitarbeiter rechtsstaatlich nicht länger tragbar ist und nie tragbar war.

Wenn V-Leute Bomben liefern und zu Straftaten anstiften, wenn mit dem vom Verfassungsschutz gezahlten Geld rechtsextremistische Gruppen unterstützt werden, wenn ein V-Mann ermordet wird und ein ordnungsgemäßer Strafprozess nicht möglich ist, da der Verfassungsschutz Aussagegenehmigungen verweigert, Anwälte beobachten lässt und Tatwaffen verschwinden lässt und wenn ein Verbot der NPD an den V-Leuten gescheitert ist, sollte offenkundig sein, dass diese Methode nicht länger geduldet werden kann.

Den bisherigen V-Leuten ist daher kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zuzugestehen, insofern sie als Zeuge während eines Strafverfahrens vernommen werden. Der Verfassungsschutz darf eine Aussagegenehmigung nur in Fällen verweigern, in denen die FDGO oder der Bestand von Bund und Ländern gefährdet sind. Wird eine Genehmigung nicht erteilt, ist dies zu begründen.

Der Einsatz von V-Personen muss daher gesetzlich geregelt und streng rechtsstaatlich reglementiert sein. Als V-Leute werden in der Regel diejenigen Personen ausgewählt, die bereit sind ihr engeres soziales Umfeld für die Zahlung nicht geringer Geldmittel zu verraten, erwartet aber im gleichen Maße von diesen die Wahrheit zu erfahren. Die Vorstellung verlässliche Informationen aus derlei Quellen zu erhalten, ist als utopisch zu bezeichnen.

Der Einsatz von V-Personen ist daher langfristig kritisch zu überprüfen und abzustellen.

Umfassende Aufarbeitung der Geschichte des Amtes

Die Geschichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern macht mitunter fassungslos. Trotz zahlreicher Affären und Pannen, die bereits mit der Entführung des ersten Präsidenten

des Bundesamtes Otto John begonnen haben, hat bisher keine umfassende kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte stattgefunden. Das Bundesamt sowie die Landesämter sollen daher einer umfassenden Nachforschung unterzogen werden, in der sowohl die Rekrutierung von ehemaligen SS- und SD-Angehörigen bis hin in die 70er Jahre als auch die restliche Geschichte der Behörden untersucht und aufgearbeitet werden. Dies ist für eine Neuordnung und zum Verständnis der bisher gemachten Fehler unabdingbar. Die Ergebnisse sind außerdem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um die Aufklärung zu gewährleisten.

Ziel: Auflösung

All dies können jedoch nur Teilschritte sein. Der Verfassungsschutz hat in seiner Geschichte selbst bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die Verfassung vor dem Verfassungsschutz schützt. Ziel kann es daher nur sein, den Verfassungsschutz langfristig abzuschaffen, damit auch ein personeller Neuanfang gewährleistet sein kann.

„Wie die Welt von morgen aussehen wird, hängt in großem Maß von der Einbildungskraft jener ab, die gerade jetzt lesen lernen.“(Astrid Lindgren) Wenn wir uns die grundsätzliche Frage der Bildung stellen, dann müssen wir uns fragen, ob wir gesellschaftskonforme oder gesellschaftsformende Menschen bilden wollen.

1. Schule. Das soll ein Ort des Lernens und Lebens sein, ein Ort der den einzelnen Menschen fördert und die Gemeinschaft stärkt. Schule. Das ist ein Ort des Stresses und der Angst für Viele, ein Ort der Konkurrenzdenken fördert und Individualität mit Unfähigkeit gleichsetzt. Bereits in der Grundschule beginnt das System des Prüfen-Bewerten-Differenzieren-Selektieren. Das Kind ist Leistungserbringer oder eben nicht. Ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Situationen und Ausgangslagen der Kinder wird geprüft, bewertet, differenziert und schließlich selektiert. Mit neun Jahren wird entschieden ob es eine Empfehlung für die Haupt- oder Realschule oder das Gymnasium gibt. Eine Empfehlung die in der Regel die Zukunftschancen der Kinder für ihr gesamtes restliches Leben entscheidend mitbestimmt und das oftmals auf der Einschätzung einer einzelnen Lehrkraft. Wir fordern ausdrücklich die kompromisslose Abschaffung des ungerechten und pädagogisch unvertretbaren dreigliedrigen Schulsystems. Wir wollen, dass die Kinder aller sozialer, kultureller, nationaler, religiöser oder idealer Herkunft gemeinsam lernen und leben. In einer Schule für alle.

2. Wir wollen, dass die SchülerInnen aufgrund ihrer individuellen Leistungen und Anstrengungen bewertet werden und nicht entsprechend vorgegebener Raster untereinander verglichen werden. Wir sind von der wunderbaren Einzigartigkeit eines jeden Menschen überzeugt und lehnen daher jeden systematischen Vergleich und jede systematische Differenzierung in Gruppen gleich welcher Art ab. Wir fordern dementsprechend die restlose Abschaffung der derzeit angewandten, aussagelosen Notensysteme. Sie sollen durch individualisierte, textbasierende Stellungnahmen der Lehrkräfte zur Lernentwicklung der Schülerin/des Schülers ersetzt werden.

3. Stress macht Menschen kaputt. Burnout ist von einer LehrerInnenkrankheit zu einer Bedrohung für die ganze Schulgemeinde geworden. „G8“ oder das „Turbo-ABI“ es gibt viele Namen für die Idee jungen Menschen den Stoff aus drei Jahren in zweien vermitteln zu wollen. Unter „G8“ leiden nicht nur die schulischen Leistungen, sondern auch, ganz abgesehen von möglichen gesundheitlichen Schäden, das Privatleben der SchülerInnen. Eine Vierzigstundenwoche ist bittere Realität vieler SchülerInnen, soziales Engagement muss in das Reich der Träume verschoben werden. Wir fordern daher die umgehende Rückkehr zu „G9“ und empfehlen den Gedanken eines „G10“-Modells.

4. Nicht nur als Konsequenz aus Abschnitt 2. lehnen wir die Studienplatzvergabe aufgrund des sogenannten Numerus Clausus(NC) entschieden ab. Wie viele brillante Ärzt_innen

sind diesem Land verloren gegangen aufgrund schlechter Sport- oder Englischnoten? Warum? Wie viele großartige Pädagogen_innen werden nie unterrichten aufgrund einzelner Defizite? Weder heute noch nach Abschaffung der Schulnoten darf ein Studienplatz verweigert werden.

„GEBÜHRENERHÖHUNG BEDEUTET SCHLECHTERE ZUGANGSCHAN- CEN FÜR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE AN DER UNIVERSITÄT MÜN- STER“

Auf seiner letzten Sitzung im Jahr 2013 traf der Senat der Universität Münster mehrheitlich die Entscheidung, die Gebühren für die verpflichtenden und bisher kostenfreien Deutschkurse für ausländische Studierende ohne ausreichende Sprachnachweise auf 500 Euro pro Semester zu erhöhen. Für uns gilt dabei festzustellen: Diese mit Entscheidung senkt die Zugangschancen für die ausländischen Studierende an der Universität Münster weiter.

Für den Hochschulzugang in Deutschland werden weit fortgeschrittene Deutschkenntnisse im Umfange des C2-Niveaus nach dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen vorausgesetzt. Dafür muss ein entsprechender Sprachnachweis oder eine bestandene Feststellungsprüfung vorgewiesen werden, ansonsten ist die Aufnahme eines Studiums an einer deutschen Hochschule nicht erlaubt. Es ist deshalb unverständlich, dass mit der nun beschlossenen Gebührenerhöhung der Zugang zu den für die Studierenden aus dem Ausland in vielen Fällen unerlässlichen Deutschkursen in besonderem Maße erschwert werden soll. Damit wird vor der eigentlichen Zugangsvoraussetzung eine zusätzliche Hürde aufgebaut.

Für uns ist es weder ein Argument, dass im internationalen Vergleich teilweise noch höhere Anforderungen und größere Kosten auf ausländische Studierende zukommen, wenn sie an Universitäten beispielsweise in Großbritannien oder in den USA ihre Ausbildung fortsetzen wollen. Schlechte bildungspolitische Weichenstellungen an anderer Stelle dürfen nicht Orientierungsmaßstab für das eigene Handeln sein. Für uns ist die Entscheidung der Universität deshalb nicht nachvollziehbar.

Ebenfalls ist es keine Begründung, dass – wie es das Rektorat der Universität anführte – Studierende, die an den Deutschkursen mit Abschlussprüfung teilnehmen, anschließend nicht automatisch in Münster studieren. Die Studierenden werden dann in Zukunft eben einfach auf andere Universitäten ausweichen und der Hochschulstandort Münster wird im internationalen Vergleich an Charme verlieren. Das kann nicht wirklich die beabsichtigte Folge sein.

Das Rektorat führt an, dass die Universität es sich nicht leisten könne, Kurse für StudienbewerberInnen anzubieten, die nach Teilnahme des Kurses an anderen Hochschulen als Münster ihr Studium beginnen. Vor diesem Hintergrund ist es aber insbesondere nicht nachvollziehbar, warum das Rektorat und ihm folgend die Mehrheit des Senats den Änderungsvorschlag aus der Gruppe der Studierenden ablehnte, doch mindestens den TeilnehmerInnen die Gebühren zu erstatten, die nach dem Besuch des Kurses auch tatsächlich ihr Studium in Münster aufnehmen. An dieser Stelle werden finanzielle Mittel von Studierenden für elementare Lehrveranstaltungen verlangt – das sind Bildungsgebühren!

Zumal die Teilnahme an den Deutschkursen in Münster seitens der Universität als Chance wahrgenommen werden sollte, die Studierenden vom Wissenschafts- und Lehrstandort Münster zu überzeugen. Demnach fehlt es eher an tatsächlicher Ursachenforschung für den Weggang von Studierenden, als dass man mit der Gebührenerhöhung ein wirksames Instrument dagegen gefunden hat. Das Gegenteil ist der Fall.

Nach der Schließung der Studienkollegs in Nordrhein-Westfalen durch die schwarz-gelbe Regierung von Ministerpräsident Rüttgers 2008 und dem damit verbundenen Wegfall des Studienkollegs Münster mit der Möglichkeit zum Erwerb der Studienzulassung in Deutschland in intensiven und fachspezifischen Trainingskursen, wird Münster als Stadt von Wissenschaft und Lebensart deshalb durch die Gebührenerhöhung jetzt noch ein Stückchen unattraktiver für ausländische Studierende.

Gerade da die Mobilität von Studierenden in Bildung und Wissenschaft in den letzten Jahren vermehrt gefördert und gefordert werden, ist die Entscheidung ein falsches Zeichen gegenüber den Studierenden aus dem Ausland. Auf diese kommen bei einem Auslandsjahr oder aber einem Vollstudium im Ausland zu Beginn nicht nur die Hürden der Hochschulzulassung zu, sie sind wie andere Studierende auch, mit der Finanzierung ihres Studiums und Lebensunterhaltes beschäftigt. Gerade da es im Bereich der Studienstruktur von Bachelor und Master zu Schwierigkeiten führen kann, wenn man als Studierende_r nebenbei noch Geld verdienen muss, ist es ungleich schwerer glaubhaft, dass es durch die enorme Zunahme der Kurskosten zusammengenommen mit dem ebenfalls pro Semester anfallenden Semesterbeitrag in Höhe von 210 Euro, nicht zu Erschwernissen für die ausländische Studierendenschaft kommen wird.

Die Einführung von Beiträgen für Deutschkurse, die somit zwingende Voraussetzung für ein Studium sein können, widerspricht unseren Vorstellungen von einer gebührenfreien Bildung. Die Grundlage für die Gebührenerhöhung soll § 1 Hochschulabgabenverordnung NRW darstellen:

„(3) Die Hochschulen können durch Satzung festlegen, dass für Studienangebote, die kein grundständiges Studium oder Weiterbildung sind, von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Beiträge zu entrichten sind. Die Höhe der Beiträge darf die Summe der für das jeweilige Studienangebot voraussichtlich erforderlichen Kosten, geteilt durch die voraussichtliche Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, nicht überschreiten. Die Beitragshöhe darf 500 Euro pro Semester nicht überschreiten.“

Es ist aus unserer Sicht deshalb fraglich, ob hier nicht zumindest indirekt Beiträge für ein grundständiges Studium erhoben werden. Denn ohne Deutschkurs ist die Aufnahme eines solchen oft nicht möglich.

Die Universitäten in NRW sehen sich massiven Finanzproblemen gegenübergestellt – dieses Problem müssen aber Land und Bund regeln. Es darf nicht auf dem Rücken von Studierenden ausgetragen werden und Menschen den Zugang zum Studium verwehren!